



Nr. 22

29. Juni 2017

Inhalt

[Anti-Gewalt-Aktion von BMI, dbb und DGB](#)

[Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes: Mehr](#)

[Respekt gefordert+++](#)

[Europäischer Abend](#)

[„Europa: Deutschlands Staatsräson“+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Neue Koalition in NRW: Wohin führt der Weg für den öffentlichen](#)

[Dienst?+++](#)

[Thüringen: Finanzausschuss empfiehlt zeitgleiche Übertragung](#)

[des Tarifergebnisses+++](#)

[dbb berlin fordert Besoldungserhöhung zum 1. Januar+++](#)

[G20-Gipfel: Auch DPolG-Einsatz läuft auf Hochtouren+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Anti-Gewalt-Aktion von BMI, dbb und DGB Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes: Mehr Respekt gefordert

(dbb) Immer öfter kommt es zu gewaltsamen Übergriffen auf Beschäftigte wie Jobcenter-Mitarbeiter, Polizisten, Lehrer, Sanitäter, Busfahrer, Feuerwehrleute oder Lehrkräfte. Zum Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2017 haben Bundesinnenministerium, dbb beamtenbund und tarifunion und Deutscher Gewerkschaftsbund bei einem gemeinsamen Presstetermin am Berliner Hauptbahnhof für mehr gegenseitigen Respekt von öffentlich Bediensteten und Bürgern geworben.

Nach Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus den besonders betroffenen Branchen rund um den Bahnbetrieb hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gegen jede Tabuisierung dieser zunehmenden Gewalt ausgesprochen: „Hier gibt es nichts unter den Teppich zu kehren. Manche Vorgesetzte glauben vielleicht immer noch, damit den Ruf der eigenen Dienststelle schützen zu können – das ist ein gefährlicher Holzweg. Wir brauchen vielmehr eine flächendeckende Erfassung und Analyse vorhandener Gefahrensituationen und entschiedene Gegenmaßnahmen.“

Der nötige Bewusstseinswandel habe erfreulicherweise bereits eingesetzt, so der dbb Chef weiter: „In den Behörden und Dienststellen wird offener über das Thema Gewalt gesprochen, Deeskalationsschulungen werden vermehrt angeboten, bauliche Voraussetzungen und betriebliche Abläufe werden optimiert. Außerdem hat sich auch die Gesetzeslage verbessert.“ Dauderstädt verwies auf ein entsprechendes Bundesgesetz vom Mai 2017 und

regte an, dem Vorschlag Nordrhein-Westfalens zu folgen und noch einen Schritt weiter zu gehen: „Es war richtig, Polizei- und Rettungskräfte besser gegen Übergriffe zu schützen. Wir sollten aber alle Staatsdiener und Ehrenamtlichen, die für das Gemeinwohl unterwegs sind, einbeziehen und Übergriffe auf diese Personengruppe generell schärfer bestrafen.“

Für den Gesundheitsschutz sei außerdem eine sachgerechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes entscheidend. Vor diesem Hintergrund begrüßte Dauderstädt die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes Destatis, die einen Personalanstieg insbesondere in den Bereichen Soziales, Innere Sicherheit und Hochschule aufzeigen. „Das ist zwar nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aber in jedem Fall reduziert es die psychische und physische Belastung und trägt zur Entspannung der Situation bei. Davon profitieren Beschäftigte und Bürger gleichermaßen“, so der dbb Chef.

(01/22/17)

Europäischer Abend „Europa: Deutschlands Staatsräson“

(dbb) „Europa ist und bleibt Deutschlands Staatsräson.“ Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Europäischen Abends am 26. Juni 2017 im dbb forum berlin betont. „Europa steht für die friedliche Zusammenarbeit und freiwillige Verschmelzung zu neuen Institutionen. Radikale Kräfte, die die Europäische Union und ihre Freiheitswerte in Frage stellen, haben zuletzt Rückschläge erlitten“, bilanzierte der dbb Chef.

Es gebe wieder Hoffnung in Europa und für Europa, so Dauderstädt. Gleichsam müsse man wachsam bleiben – „wir alle miteinander: Die Politik, die organisierte Zivilgesellschaft, auch wir als Beamtengewerkschaft. Denn völlig gebannt ist die Gefahr noch lange nicht. Wenn Europa als supranationaler Zusammenschluss von Staaten in den vergangenen Jahren immer heftiger von links und rechts außen angegriffen worden ist, dann galten diese Angriffe weniger der Europäischen Union und

ihren Institutionen. Sie galten vielmehr der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die heute untrennbar mit dieser Union verbunden ist. Zerfiele die EU, begingen wir einen kollektiven Exit, würden diese Angriffe mitnichten eingestellt“, warnte Dauderstädt und forderte, dass sich die Europäische Union auch selbst mit ihren bestehenden demokratischen Defiziten auseinandersetzen müsse. „Demokratie muss auf allen Ebenen gelebt werden. In den Städten und Gemeinden, in den Regionen, auf

der Ebene der Nationalstaaten und eben auch auf der Ebene der Europäischen Union. Da gibt es offene Fragen: Kann die Legitimität des Europäischen Parlaments weiter erhöht werden? Was wird aus den europäischen Spitzenkandidaten bei den nächsten Europawahlen? Wie steht es um transnationale Listenplätze? Wie transparent ist der Rat der Europäischen Union?“ Sich für ein in Frieden und Freiheit geeintes Europa einzusetzen, sei immer auch ein Dienst an der Demokratie, erklärte Dauderstädt. „Dass wir als staatstragende Beamte das genau so sehen, bei aller möglichen Kritik an der einen oder anderen konkreten Brüsseler Rechtsetzungsinitiative, versteht sich von selbst“, stellte der dbb Bundesvorsitzende klar.

Der Europäische Abend ist eine Kooperationsveranstaltung des dbb beamtenbund und tarifunion und der Europa-Union Deutschland, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Seit 2006 diskutieren im dbb forum berlin regelmäßig Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und

Verbänden Themen mit Europabezug aus den unterschiedlichsten Politikbereichen. Am 26. Juni 2017 ging es um die „Demokratie in Gefahr?“ Zu Gast waren unter anderem Jean-Claude Tribolet, Gesandter der Französischen Botschaft, der Europaabgeordnete Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann (SPD, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende) und Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), die Politologin und Publizistin Prof. Dr. Ulrike Guérot, Bundesinnenminister a.D. Gerhart Baum und Krzysztof Balon, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Einen ausführlichen Bericht über den 26. Europäischen Abend finden Sie im nächsten dbb magazin und auf dbb.de (<http://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/26-europaeischer-abend-demokratie-in-gefahr.html>).

(02/22/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Neue Koalition in NRW: Wohin führt der Weg für den öffentlichen Dienst?

(dbb) CDU und FDP haben die Regierungsgeschäfte in Nordrhein-Westfalen (NRW) übernommen. In einer ersten Bewertung des Koalitionsvertrages hat der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) am 27. Juni 2017 noch keine Tendenz erkennen können, wohin die Reise mit Schwarz-Gelb den öffentlichen Dienst führen wird.

Positiv im Koalitionsvertrag zu bewerten sei das Bekenntnis zum öffentlichen Dienst, insbesondere zum Berufsbeamtentum, das in seiner jetzigen Art und Weise erhalten bleiben soll. Statt der Einführung einer Einheitsversicherung setze die künftige Landesregierung auf eine Optimierung der Beihilfe im bestehenden System. Darüber hinaus soll in einigen Bereichen eine gezielte Aufstockung des Personals stattfinden.

Mit Sorge erfüllen den DBB NRW jedoch vor allem die an vielen Stellen durchscheinenden Privatisierungsabsichten. „Gerade in den vergangenen Monaten und Jahren hat der öffentliche Dienst gezeigt, wie wichtig er für die Funktionsfähigkeit des Staates ist. Sobald wieder ruhige Zeiten einkehren, wird die Leis-

tungsfähigkeit vergessen und der öffentliche Dienst wird nur noch als Kostenfaktor betrachtet“, erklärt der Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude. „Gerade hoheitliche Tätigkeiten können und dürfen nicht einfach extern ausgegliedert werden.“

Weiteren Anlass zur Besorgnis biete auch die Formulierung „Digitaldividende“. Dahinter verberge sich das Ziel, durch Entbürokratisierung, Digitalisierung und Standardisierung eine Konsolidierung des Haushalts zu erreichen. „Natürlich kann eine Aufgabenkritik sinnvoll sein, genauso wie die Untersuchung von Prozessen nach Optimierungspotenzial. Das Hauptziel darf jedoch nicht sein, dadurch Personal abzubauen“, so Staude.

(03/22/17)

Thüringen: Finanzausschuss empfiehlt zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses

(dbb) Der Finanzausschuss des Thüringer Landtages hat Änderungen am Gesetzentwurf der Landesregierung für die Besoldungsanpassungen in den Jahren 2017 und 2018 empfohlen. Demnach sollen die Erhöhungen in den beiden Jahren nicht wie bisher geplant jeweils zum 1. April, sondern zum 1. Januar erfolgen. Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen betrachtete es als Erfolg, dass damit eine zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses in greifbare Nähe gerückt sei. Die Abgeordneten würden damit ihre Wertschätzung für die Leistungen der Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck bringen, teilte der tbb am 23. Juni 2017 mit.

Weiterhin empfiehlt der Finanzausschuss, dass Lehrkräfte an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutz-Schule die gleiche Zulage wie Beamte des entsprechenden Einsatzdienstes erhalten. Zudem solle die Justizvollzugszulage an die Polizeivollzugszulage angeglichen werden.

Für alle Anträge wurde eine schriftliche Anhörung der Verbände bis 31. Juli 2017 festgelegt, so dass die Beschlussfassung des Landtags erst in der ersten Sitzung nach der Sommerpause (30. August bis 1. September) erfolgen kann. Das Thüringer Finanzministerium hat diesbezüglich in einem Rundschreiben allerdings bereits mitgeteilt, dass die Juli-Bezüge gemäß der (angehobenen) Tabellenwerte des Gesetzentwurfs unter dem Vorbehalt des (späteren) Inkrafttretens des Gesetzes gezahlt werden, die Nachzahlung für die Monate April

bis Juni ebenfalls unter diesem Vorbehalt mit den Juli-Bezügen erfolgt und die Nachzahlung für die Monate Januar bis März so frühzeitig wie möglich nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag erfolgen wird.

Kritik übte der tbb daran, dass die Übertragung des Tarifiergebnisses – sofern der Landtag den Empfehlungen des Finanzausschusses folgt – zwar zeitgleich, aber nicht vollständig inhaltsgleich erfolge. Die pauschale Erhöhung der allgemeinen Zulage für die Besoldungsgruppen A6 bis A8 um 25 Euro und die prozentuale Anhebung der Tabellenwerte entsprächen nicht in vollem Umfang dem Mindestbetrag von 75 Euro im Tarifbereich. Ein Ausgleich für die Einführung der Erfahrungsstufe 6 im Tarifbereich für die oberen Entgeltgruppen sei ebenfalls nicht vorgesehen.
(04/22/17)

dbb berlin fordert Besoldungserhöhung zum 1. Januar

(dbb) Der dbb berlin hat erneut Kritik am geplanten Zeitpunkt für die nächsten Besoldungserhöhungen der Hauptstadtbeamten geübt. Bevor sich der Hauptausschuss, der im Berliner Abgeordnetenhaus für alle Fragen des Haushalts- und Finanzwesens zuständig ist, am 28. Juni 2017 mit dem Gesetz für die Besoldungsanpassung in diesem und im kommenden Jahr befasste, forderte der dbb Landesbund erneut die Rückkehr zum 1. Januar als jeweiligen Termin für die Erhöhung.

Der Berliner Senat argumentiere zwar damit, dass der bislang geplante 1. August als Termin „gute Tradition“ habe. Davon könne nach Ansicht des dbb berlin jedoch keine Rede sein. „Tatsache ist vielmehr, dass das Land Berlin im Jahre 1994 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) herausflog und fortan eigene Tarifverträge aushandeln musste, die zum 1. August in Kraft gesetzt wurden. Die Beamtenbesoldung folgte hier aus Gerechtig-

keitsgründen. Das war auch völlig korrekt. Seit 2013 ist das Land Berlin aber wieder Mitglied der TdL, das heißt, es wird auf Bundesebene verhandelt – auch für Berlin – und zwar mit Wirkung zum 1. Januar. Wiederum aus Gerechtigkeitsgründen muss die Beamtenbesoldung logischerweise erneut folgen“, heißt es beim dbb berlin.
(05/22/17)

G20-Gipfel: Auch DPoIG-Einsatz läuft auf Hochtouren

(dbb) Das Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) findet am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg statt. Mit einem Großaufgebot von in der Spitze 20.000 Beamten werde dies einer der größten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik, teilte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) mit. Am 28. Juni 2017 informierte sich der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt vor Ort über die Lage. „Die Polizei ist hervorragend auf die Sicherung des Gipfeltreffens vorbereitet“, zeigte er sich überzeugt.

„Die Einsatzkräfte sind hochmotiviert. Ich bin sicher, sowohl ein reibungsloser Verlauf des Gipfels als auch die Absicherung friedlicher Demonstrationen werden gelingen“, so Wendt weiter. Auch für die DPoIG sei der Gipfel ein Großeinsatz. „Wir sind mit mehreren Einsatzteams gut aufgestellt und werden die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen vor Ort rund um die Uhr betreuen und ein Ohr haben für

Probleme“, erklärte Joachim Lenders, der nicht nur Wendts 1. Stellvertreter auf Bundesebene ist, sondern auch Vorsitzender des für die DPoIG-Aktionen federführenden Landesverbandes Hamburg. Die DPoIG werde zusätzlich über die sozialen Netzwerke ständig erreichbar sein und die Kolleginnen und Kollegen informieren.
(06/22/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Mit der Feststellung des Wahlergebnisses bei der Deutschen Rentenversicherung Bund sind die Sozialwahlen 2017 am 22. Juni 2017 abgeschlossen worden. Der **dbb** hat seine Stellung in den Selbstverwaltungsorganen verschiedener Kranken-, Renten- und Unfallversicherungsträger nicht nur behauptet, sondern weiter ausgebaut. Der dbb dankt allen Kolleginnen und Kollegen, die ihn bei den Sozialwahlen 2017 unterstützt haben. Eine ausführliche Bewertung der Ergebnisse folgt in Kürze.

Der **dbb** und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich am 28. Juni 2017 auf Entgelterhöhungen für die Beschäftigten in der Fleischuntersuchung in Bremen, Hamburg und dem Saarland geeinigt, für die der TV-Fleischuntersuchung-Länder gilt. Die Regelungen haben eine Laufzeit bis zum 30. April 2019. Die Entgelterhöhungen gelten rückwirkend ab 1. Mai 2017 und orientieren sich am Ergebnis der Länder-Einkommensrunde 2017.

Details der Einigung finden sich wie gewohnt auf www.dbb.de.

Durch den Beschluss, dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) beizutreten, sorgt der Aufsichtsrat der Charité am 16. Juni 2017 für Klarheit: Zukünftig wird der Flächentarifvertrag Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) direkt auf die Beschäftigten angewendet. Damit wird einer langjährigen Forderung des **dbb** entsprochen. Das Einstiegsentgelt der zukünftig geltenden Tabelle für examinierte Krankenpflegekräfte erhöht sich beispielsweise um 150 Euro. Die haustarifvertraglichen Regelungen werden weitgehend überflüssig. Bei den Regelungen, die für die Beschäftigten vorteilhafter sind als im TVöD, fordert der dbb bei den anstehenden Überleitungstarifverhandlungen aber natürlich den Erhalt. Dazu zählt etwa die Anbindung an das Tarifgebiet West für die gesamte Charité (39 Std./Woche, Jahressonderzahlung TVöD West).
(07/22/17)

Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“, Berlin**
25. September 2017, Berlin
- 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?"**
4. Oktober 2017, Berlin